

Alois Riedlsperger SJ

Sozialbericht der Kirchen in Österreich

Erfahrungen und Praxis sozialen Engagements

14 christliche Kirchen in Österreich bereiten derzeit ein erstes ökumenisches Sozialwort vor – als gemeinsame Stellungnahme zu den sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Ergebnisse der ersten Phase bringen Erfahrungen kirchlicher Sozialarbeit in den Diskurs ein.

- 522 soziale Initiativen und Einrichtungen der christlichen Kirchen in Österreich haben sich an einer »Standortbestimmung« beteiligt. Dabei haben sie ihre eigene Praxis kritisch reflektiert. Die Ergebnisse liegen nun im »Sozialbericht«¹ vor. Tausende Seiten von Eingaben wurden ausgewertet und in 22 Kapiteln zusammengefasst. Die Themenpalette reicht von Armut und sozialer Ausgrenzung über Ehrenamt, Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu Forderungen und Wünschen an die Kirchen selbst wie auch an Politik und Gesellschaft. Der Sozialbericht ist nicht nur ein Spiegelbild des sozialen Engagements, sondern zeichnet auch ein besorgniserregendes Szenario der künftigen Tragfähigkeit des sozialen Netzes in Österreich.

In einem breiten Diskussionsprozess werden bis Pfingsten 2002 die Ergebnisse öffentlich

diskutiert: mit politischen Parteien, Interessensvertretungen, nicht-kirchlichen sozialen Initiativen und Einrichtungen, anderen Glaubensgemeinschaften. Ebenso hat jede und jeder Einzelne die Möglichkeit, zu den Ergebnissen Stellung zu beziehen.

Diese breite sozial und gesellschaftspolitische Offensive von orthodoxen/altorientalischen Kirchen, Reformierten und römisch-katholischer Kirche gemeinsam ist weltweit einzigartig. Vielfach wird von einem ökumenischen Meilenstein gesprochen. Mit großem Engagement haben 67 bundesweite Organisationen, 68 regionale und 390 lokale Initiativen und Einrichtungen aus 14 christlichen Kirchen in der ersten Phase ihren wichtigen Beitrag geleistet.

Bereits bei der so genannten »Delegiertenversammlung« des »Dialogs für Österreich« im Herbst 1998 wurde ein ökumenisches Sozialwort angeregt. Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) hat diesen Anstoß in der Folge aufgegriffen. Anliegen war es von Beginn an, die gesellschaftliche Verantwortung der ChristInnen in Österreich gemeinsam wahrzunehmen. Die allen Kirchen gemeinsame Quelle ihres sozialen Engagements in der Welt und damit auch dieser gemeinsamen Vorgehensweise ist die Botschaft des Evangeliums Jesu Christi.

In Sorge um den sozialen Zusammenhalt

● Der als Ergebnis der ersten Phase des »Projekts Sozialwort« vorliegende Sozialbericht orientiert sich an den praktischen Erfahrungen sozialer Initiativen und Einrichtungen, seien sie karitativ, sozialpolitisch oder bewusstseinsbildend aktiv. Ein reichhaltiges Bild des sozialen Engagements in den christlichen Kirchen ist mit dem »Sozialbericht« entstanden, gleichzeitig wurde ein ernst zu nehmender Befund abgegeben: Die Kirchen in Österreich sind in Sorge um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft!

Die Sozialarbeit der christlichen Kirchen – so eine Quintessenz des Berichtes – ist für Österreich unersetzlich und in der Öffentlichkeit weitgehend unbestritten. Sie wird angesichts der zunehmenden »Privatisierung« wichtiger sozialer Aufgaben des Staates weiter an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig aber bedrohen eine Vielzahl finanzieller und gesellschaftlicher Entwicklungen, aber auch innerkirchliche Probleme die künftige Aufrechterhaltung dieses entscheidenden Dienstes an Solidarität und Nächstenliebe – und damit den »sozialen Grundwasserspiegel«.

Die Auswertung der äußerst praxisorientiert, kritisch und selbstkritisch formulierten Texte aus allen Bereichen sozialer Praxis spiegeln solche bedrohlichen Vorzeichen: So werden z.B.

»der enger werdende budgetäre Spielraum«

die finanziellen Ressourcen des Staates zunehmend knapper. Dieser enger werdende budgetäre Spielraum lässt nicht nur geringere Subventionen befürchten, ihre Auszahlung ist für die bestehenden sozialen Einrichtungen – aufgrund ihrer kurzfristigen und zunehmend nur befristeten Vergabe – nicht mehr einplanbar.

Gleichzeitig wird ein starker Trend zur Auslagerung der Zuständigkeiten des Staates im Sozialbereich an private Trägerorganisationen spürbar. Für die kirchlichen Sozialdienste bedeutet dies: höhere Professionalität auch in ehrenamtlichen Bereichen, verstärkter Kostendruck, wachsende Verwaltungsaufgaben – und zunehmende Konkurrenz zwischen sozialen Einrichtungen, von denen manche ihr Überleben durch »Dumping-Angebote« abzusichern suchen.

Der rasche Umbau der Alterspyramide in Österreich, die steigenden gesellschaftlichen Erwartungen an soziale Betreuung (z.B. Sterbebegleitung), die tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt – mit vielen »Verlierern« – sowie verschiedene »neue Krankheiten« führen zu einer deutlichen Zunahme von »Bedürftigen« und zu immer neuen, personalintensiven Betreuungsaufgaben.

Gesellschaftliche Entwicklungen

● Die Bereitschaft zum solidarischen Engagement nimmt laut »Sozialbericht« ab, Individualisierung, Vereinzelung und Isolierung schreiten fort, die Egozentrik (Rückzug ins Private, zunehmende Konsumhaltung) gewinnt zusehends an Boden. Mehr und mehr Menschen sind, wenn überhaupt, nur noch zu kurzfristigen freiwilligen Projekt-Einsätzen bereit: Unter Jugendlichen ist diese Tendenz besonders deutlich ausgeprägt.

Wachsende Desintegrationstendenzen in der Gesellschaft verschärfen diese Entwicklung weiter. Die traditionellen privaten Sozialstrukturen und Bezugssysteme (Ehen, Familien) erweisen sich als zunehmend instabil und nicht mehr so belastbar.

Der Rückgang bei ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ist eklatant; nicht zuletzt durch eine

schwindende öffentliche Attraktivität der Kirchen, durch Personalschwund bei Ordensgemeinschaften, die bisher als Träger vieler sozialer Aktivitäten auftraten, und durch Überlastung und Resignation bei vielen Ehrenamtlichen, die unter wachsender Aufgabenlast, aber weitgehend fehlender öffentlicher (auch sozialer) Anerkennung leiden.

Zu alledem kommt noch ein spürbarer Rückgang bei den Spendenaufkommen zugunsten sozialer Projekte. Die bisher beispielhafte Spendenbereitschaft lässt unter dem Druck – oder der Angst – vor höheren finanziellen Belastungen und im Zeichen schwindender Identifikation mit der Institution Kirche nach. Die wachsende Distanz schlägt direkt (geringere Kirchenbeiträge, weniger Spenden) und indirekt (Imageverlust) auf die Sozialarbeit der kirchlichen Initiativen und Organisationen durch – und erzwingt Rückzug aus manchen Sozialbereichen.

kritischer und glaubwürdiger

● Ein zentrales Ergebnis des »Sozialberichtes« ist auch, dass der Werte- und Sinnbedarf der Menschen nach stabilen moralischen Instanzen wächst. Dafür ist es allerdings notwendig, dass die Kirchen ihre Option für die Benachteiligten, Schwächeren, Ärmern und »Anderen« in der Gesellschaft künftig noch weit mutiger, kritischer und glaubwürdiger als bisher darstellen können. Die Kirchen müssten – so eine vielfach geäußerte Erwartung – ihren »sozialpolitischen Flügel« stärken, also neben ihrer spirituellen und karitativen Arbeit auch die Bewusstseinsbildung und das politische Engagement intensivieren. Bestehende Strukturen des Unrechts und der Verhinderung von Chancengleichheit müssten deutlicher als bisher benannt werden. Die Kirchen müssten – unbeirrt von gesellschaftlichen Trends

und politischer Opportunität – ein überzeugender Anwalt der Würde des Menschen sein. Konkret würde das auch bedeuten, von der Neigung Abschied zu nehmen, lieber an der Seite der »Braven« und Etablierten als der Außenseiter zu stehen. In ihren eigenen Reihen müssten die Kirchen das verwirklichen, was sie von der Gesellschaft einfordern, z.B. klare Alternativen zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Von den Kirchen wird vor allem mehr Mut erwartet, wenn es darum geht, soziale Anliegen zu vertreten. »Nicht als Schmeichelbegriff für ein bisschen nette Wohlfahrt sei der Begriff der Option für die Armen zu verwenden, sondern als Bekehrung der Kirche hin zu den Armen dieser Welt.«² Folgende Schritte wären daher notwen-

»kein Schmeichelbegriff für ein bisschen nette Wohlfahrt«

dig: die Medienpräsenz der Gruppen fördern, für die Option ergriffen wurde; strategische Allianzen eingehen: Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften für bestimmte Anliegen; Netzwerke bilden; als anerkannt überparteiliche Organisation sollten die Kirchen Räume der Auseinandersetzung anbieten und unterschiedliche Positionen ins Gespräch bringen.

Politik und Gesellschaft

● Kritisch setzen sich die über 500 Beiträge im »Sozialbericht« auch mit Entwicklungen in der österreichischen Politik und Gesellschaft auseinander. Der weite Bogen der Anregungen reicht von der Aufwertung des Ehrenamtes (Versicherungsschutz etc.) über stärkere Frauen-, Kinder- und Familienrechte, einer nachdrücklicheren schulischen Erziehung der Jugend zu Gewaltfreiheit, Frieden und sozialer Kompetenz bis hin

zu einer rascheren und unbürokratischen Vergabe staatlicher Sozialhilfen.

Eine ganz zentrale Botschaft gegenüber dem Staat ist jedenfalls: Ohne Geld geht es auch in der kirchlichen Sozialarbeit nicht! Organisationen und Menschen, die ihre Kraft für die Linderung von Not und Leid ihrer Mitmenschen einsetzen, wollen nicht auch noch als Bittsteller auftreten, sondern erwarten eine Unterstützung und Förderung ihrer Arbeit.

Bei aller Vielfalt und Buntheit der Stellungnahmen und Positionen sind drei Linien klar zu erkennen:

Gesetzlicher Schutz vor Armut: Der Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung wird durchgehend oberste Priorität eingeräumt. So fordern gleich mehrere Einsendungen schlicht und einfach »gesetzlichen Schutz vor Armut«. ³ Beispiele dafür sind Forderungen nach einer »bedarforientierten Grundsicherung« für alle, einer Sozialverträglichkeitsprüfung als Testverfahren für Gesetzesvorhaben und der Absicherung des umlageorientierten Sozialsystems.

Rechte vor Almosen: Von der Sozialhilfe bis zur Situation von Flüchtlingen wird die mangelnde Rechtssicherheit beklagt. Gerade bei den Schwächsten ist zu achten, dass grundlegende Rechte gewahrt werden, und sich die Einhaltung der Menschenrechte nicht am Budget orientieren darf. »Es muss einfach so budgetiert werden,

»*Subsidiarität ist von der Solidarität nicht zu trennen.*«

dass zumindest das gewährleistet ist, dass kein Asylsuchender, kein Flüchtling, kein Mensch in unserem reichen Land obdachlos und unversorgt sein muss.« ⁴

Nächstenliebe und Solidarität gehören zusammen: Die kirchlichen Initiativen sehen sich durch ihr konkretes, solidarisches, oft von Eh-

renamtlichen getragenes Handeln legitimiert, gesellschaftliche Solidarität einzufordern. Nächstenliebe und gesellschaftliche Solidarität können nicht gegeneinander ausgespielt werden. »Darum ist die Subsidiarität nicht von der Solidarität zu trennen, die die notwendigen Rahmenbedingungen herstellen muss. Mit anderen Worten: Der Staat ist mit den Sozialpartnern verantwortlich, dass Solidarität und Subsidiarität zum Gemeinwohl führen.« ⁵

Gemeinsame Wertebasis: Diese Orientierungslinien kirchlichen Engagements in der Gesellschaft beziehen ihre Kraft und Legitimation aus einer eigenen, gemeinsamen »Wertebasis«. »Gesellschaftskritik wird im Zusammenhang mit christlichen Werten und Optionen gesehen.« ⁶ Betont wird die Anwaltschaft für Gruppen, die sich selbst nicht ausreichend artikulieren können, als »Option für die Armen«. Kirchliche Gruppen sehen ihre Stärken, diesem Auftrag nachzukommen, in ihrer konkreten Arbeit mit den Benachteiligten, die den Kirchen ein Sensorium geben, diese Problemlagen gegenüber Politik und Gesellschaft glaubwürdig zu vertreten, in ihrer weltumspannenden Organisation und darin, dass sie über den Tellerrand von Legislaturperioden hinauszuschauen vermögen.

Kirchen in der Zivilgesellschaft

● Mit der Präsentation des hier ansatzweise vorgestellten »Sozialberichtes« haben sich die Kirchen in das Gespräch mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen begeben. Keine fertigen Rezepte stellen sie zur Verfügung, vielmehr sind es ihre praktischen Erfahrungen, die in die öffentliche Diskussion eingebracht werden. Kontroversen sind jetzt erwünscht, um neue Wege für eine soziale Gesellschaft – gemeinsam mit anderen – zu entwickeln. Die Kirchen können sich

in einer pluralen Welt nicht isolieren. Das »Projekt Sozialwort« ist ein solcher Versuch, einen Verständigungsprozess zu initiieren, um die anstehenden sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen konstruktiv aufzugreifen und

»Neuorientierung
der kirchlichen Praxis«

sich dem notwendigen Dialog mit der Gesellschaft zu stellen. Die Kirchen möchten mit dem »Projekt Sozialwort« Verantwortung übernehmen. Mit dem »Sozialbericht« liegt nun ein erstes Ergebnis dieses gemeinsamen Weges vor. Damit steht eine Dokumentation zur sozialen Lage

in Österreich zur Verfügung, mit der folgende Anliegen verfolgt werden können: die Auseinandersetzung um die Entwicklung in Wirtschaft und Politik, Staat und Zivilgesellschaft; das Gespräch der kirchlichen sozialen Initiativen und Einrichtungen mit ihren konkreten Aktionspartnern; die Neuorientierung der kirchlichen Praxis im gesellschaftlichen Kontext.

Weitere Informationen zum »Projekt Sozialwort«: <http://www.sozialwort.at>.
Bestellungen des Sozialberichts zum Preis von EURO 10,- (ATS 137,60) exklusive Versand: sozialwort@ksoe.at;
Tel: +43-1-310 51 59; Fax: +43-1-310 68 28

¹ Sozialbericht. Erfahrung und Praxis sozialen Engagements, Wien, September 2001.

Zusammenfassung von 522 Einsendungen zur »Standortbestimmung« (Phase 01 des Projektes

Sozialwort).
² Ebd., 154.
³ Ebd., 160.
⁴ Ebd., 161.

⁵ Ebd., 123.
⁶ Ebd., 130.

DIAKONIA Vorschau

Themen der nächsten Hefte:

- Segen und Fluch 1/2002
- Christus im Dialog 2/2002
- Weltkirche 3/2002
- Leiblichkeit 4/2002
- Gewalt 5/2002
- Freundschaft 6/2002

Artikel zu den Schwerpunkten oder zu anderen Themen können unverbindlich an die Redaktionsadresse gesandt werden:
Kobelgasse 24, A-1110 Wien
diakonia@utanet.at
Redaktionsschluss:
25.12.2001 (2/2002); 25.02.2002 (3/2002)
25.4.2002 (4/2002); 25.6.2002 (5/2002)
25.8.2002 (6/2002)